

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Parteivorstand und Bundestagsfraktion setzen sich für eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes I ein - von jetzt 60 bzw 67 Prozent des durchschnittlichen Netto-Entgeltes auf 80 bzw. 85 Prozent, mindestens jedoch 1200 EUR/Monat. Diese Erhöhung soll mit der Lohnentwicklung jährlich angepasst werden.

Begründung:

1. Die seit Jahrzehnten unveränderte Höhe des ALG I von 60 bzw. 67 Prozent der letzten Netto-Entgelte ist angesichts sinkender Realeinkommen, Mindestlohn, Befristungen etc. überholt. Viele Bezieher von ALG I können aufgrund niedriger Löhne und Gehälter von ALG I nicht existieren und müssen mit ALG II aufstocken und geraten somit unnötig in die Fänge des Hartz-Systems. Das wollen wir verhindern.
2. Ein höheres ALG I würde Druck machen für eine Steigerung der Löhne und Gehälter der abhängig Beschäftigten - und den Druck nehmen, schlechtbezahlte Jobs annehmen zu müssen.
3. Eine jährliche Anpassung der Mindesthöhe des ALG I würde das rückwärtsgewandte Zustandekommen der individuellen Höhe heutzutage durchbrechen und von der individuellen auf die gesamtgesellschaftliche Ebene heben.

Antragsteller: SprecherInnen-Rat des OV Aachen, hier Agi Schwedt, Benno Osterkamp, Christoph Giebeler, Marc Treude, Reinhard Makiolka